

Ecuador unter Correa: Rückkehr zur Stabilität?

Mechthild Minkner-Bünjer

Am 15. April 2007 haben sich die Ecuadorianer in einer Volksbefragung mit großer Mehrheit für die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung ausgesprochen: damit ist der Reformregierung Correa der erste wichtige Schritt zu einer neuen Verfassung gelungen.

Analyse:

Bei seinem Amtsantritt am 15. Januar 2007 hatte Staatspräsident Rafael Correa sein zentrales Wahlversprechen erneuert: Unter Beteiligung der Zivilgesellschaft soll eine neue Verfassung erstellt werden, um auf dieser Grundlage das politische, wirtschaftliche und soziale System Ecuadors radikal und in kurzer Zeit zu verändern und die anhaltende politische Krise zu stoppen. Am 30. September diesen Jahres werden nun die 130 Mitglieder der Verfassungsversammlung in allgemeinen Wahlen bestimmt. Sie sollen in 180 Tagen einen neuen Verfassungstext erarbeiten, über dessen Annahme in einem erneuten Referendum bis spätestens August 2008 entschieden werden muss. Die zeitweilig gewaltsamen Konflikte um die erste Volksbefragung haben deutlich gemacht, dass auch für Correa, den „neuen Linken“, das Regieren schwierig werden wird. Die breite Zustimmung in der Volksbefragung von 81,7% für eine Verfassungsgebende Versammlung unterstreicht allerdings, dass die politischen Vorhaben der neuen Regierung derzeit eine große Unterstützung in der Bevölkerung genießen.

- Ein Pfeiler der neuen Regierung ist das Anfang April verkündete Wirtschaftsprogramm, in dem Umschuldung und Rückführung des Schuldendienstes zu Gunsten einer Steigerung der sozialen und produktiven Investitionen vorgesehen sind.
- Für die breite Masse ist Correa Hoffnungsträger für eine politisch stabile und sozial ausgewogene Entwicklung Ecuadors und vor allem für eine wirksame Armutsbekämpfung.
- Außenpolitisch liegt die Betonung auf der Kooperation mit den Ländern der „neuen lateinamerikanischen Linken“, auf der Stärkung der Unabhängigkeit gegenüber den USA und den internationalen Finanzinstitutionen sowie der Eingliederung des Landes in den lateinamerikanischen und asiatischen Wirtschaftsraum

Key words: Ecuador, Volksbefragung, Verfassungsgebende Versammlung, politischer Reformprozess

Wahlergebnis mit „Linksruck“

Rafael Correa Delgado, 44 Jahre alt, in Ecuador und den USA ausgebildeter Ökonom, politisch unabhängig und für wenige Monate unter der Vorgängerregierung Alfredo Palacios Wirtschaftsminister, gründete 2005 mit Freunden und Familienmitgliedern die *Alianza País* (AP): ein politisches Sammelbecken für Vertreter indigener und sozialer Organisationen, für enttäuschte Wähler aus ländlichen und städtischen Armutsgebieten, Globalisierungs- und Systemkritikern aus Studenten- und Akademikerkreisen, die für den charismatischen Politikneuling in den Wahlkampf gezogen sind. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 15. Oktober 2006 unterlag Correa noch dem rechts-populistischen Bananenmagnaten Álvaro Noboa, der allerdings keine absolute Mehrheit erzielen konnte. Als Kritiker des Neoliberalismus, der korrupten Politik in Parteien und im Kongress sowie der hegemonialen Politik der USA, versprach Correa im Wahlkampf einen neuen institutionellen Rahmen für den Staat und eine Verfassung, an deren Ausarbeitung die organisierte Zivilgesellschaft mittels Vorschlagsrecht an die Kommission der Verfassungsgebenden Versammlung beteiligt werden würde. Er hatte jedoch keine klaren Vorschläge für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit sowie zur politischen Stabilisierung Ecuadors. Die *Alianza País* verzichtete auf Kandidaturen für die gleichzeitig stattfindenden Kongresswahlen: einerseits wollte Correa so seine Ablehnung gegenüber dem Kongress als Interessenvertretung der traditionellen Eliten untermauern; andererseits zielt seine Strategie darauf ab, über die Volksbefragung bzw. die Verfassungsgebende Versammlung den Kongress in seiner bestehenden Form aufzulösen und durch eine neue Art von Volksvertretung ersetzen zu lassen.

Für die zweite Wahlrunde richtete Correa seine Wahlkampfstrategie unter dem Motto *Proyecto Socio País* dann auf die elementaren Bedürfnisse der heterogenen Wählerschaft aus. Er versprach eine Steigerung der Investitionen für die sozialen Grunddienste, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für ein menschenwürdiges Wohnen, die Verdopplung der Unterstützung für 1,2 Mio. extrem arme Familien, die Verringerung der Mehrwertsteuer, eine Vergabe von Kleinstkrediten, die Gründung von zwei Volksbanken sowie die Förderung des informellen Sektors zur direkten Bekämpfung der Armut. Er kündigte die Neuausrichtung

der Erdöl- und Agrarpolitik, die Umstrukturierung der Auslandsverschuldung und die Verringerung des Schuldendienstes, sowie die Erhöhung der sozialen und produktiven Investitionen auf bis zu 40% des Haushalts an. Um die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank „auf Null fahren“ zu können, stellte er die Beteiligung an Finanzierungsnetzwerken im südamerikanischen Raum in Aussicht. Außerdem kündigte er an, den Vertrag für den US-Stützpunkt in Manta an der Grenze zu Kolumbien auslaufen zu lassen und einen *Plan Ecuador* – als Gegengewicht zum *Plan Colombia* der USA – als Instrument für mehr Sicherheit der Grenzbevölkerung und der kolumbianische Flüchtlinge zu erarbeiten. Correas Diskurs war moderater als beim ersten Urnengang; anstatt mit seinem Freund Hugo Chávez traf er sich nun medienwirksam mit der US-Botschafterin Linda Jewell. Er betonte, dass er nach dem Wahlsieg nicht nur an guten Beziehungen zu allen lateinamerikanischen Ländern sondern auch zu den USA interessiert sei.

Correa entschied die Stichwahl am 26. November 2006 mit rund 57% überraschend hoch für sich. Er wurde damit der achte Staatspräsident Ecuadors seit 1996. Seine Vorgänger waren in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt kaum mehr als ein Jahr im Amt. Der Kongress als Vertreter der traditionellen Eliten hatte – mit Rückdeckung des Militärs, Billigung der USA und unter Ausnutzung der unzufriedenen und protestierenden Massen – die Staatspräsidenten entsprechend der politischen Konjunktur im Amt gestützt oder fallen lassen.

Correas Vorschlag, die staatlichen Strukturen mittels einer neuen Verfassung zu verändern, um die chronische Instabilität der letzten zehn Jahre zu überwinden, traf dementsprechend auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die ersten drei Monate der Amtsführung Correas waren geprägt von der Strategie, die Opposition zu attackieren und zu polarisieren, um anschließend den politisch isolierten Gegner für das Projekt einer neuen Verfassung „zu vereinnahmen“. Die Exekutive, der Kongress und das Oberste Wahlgericht reagierten mit verfassungsmäßig zum Teil zweifelhaften Manövern. Eine Chronologie des Konfliktes lässt die in den nächsten Monaten zu erwartenden politischen Auseinandersetzungen erahnen.

Chronologie des Konfliktes über die Einberufung der Volksbefragung

Januar 2007

- 10. Januar – Die oppositionelle Parlamentsmehrheit beschließt als eine der ersten Amtshandlungen, dass Mitglieder des Obersten Wahlgerichts durch Gegner Correas ersetzt werden, um dadurch die Einberufung der Volksbefragung bzw. der Verfassunggebenden Versammlung zu verhindern.
- 15. Januar – Correa tritt sein Amt an und beruft per Dekret eine Volksbefragung für den 18. März ein, die über die Wahl zu einer Verfassunggebenden Versammlung entscheiden soll.

Februar 2007

- 13. Februar – Auf Druck der Bevölkerung stimmt der Kongress der Einberufung der Volksbefragung und der Verfassunggebenden Versammlung zu, ändert aber die Regeln der Wahl für die 130 Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung: Er erleichtert die Teilnahme der Parteien und fügt eine Klausel ein, die eine Auflösung des Kongresses durch die Verfassunggebende Versammlung verbietet. Als Datum der Volksbefragung fordert er den 15. April. Das Oberste Wahlgericht akzeptiert ausschließlich Verschiebung des Wahltages auf den 15. April.

März 2007

- 1. März – Das Wahlgericht ruft 9,2 Millionen Ecuadorianer zur Teilnahme an der Volksbefragung auf.
- 6. März – Der Kongress enthebt den Präsidenten des Obersten Wahlgericht, Jorge Acosta, seines Amtes, da er die Volksbefragung ohne Zustimmung des Parlaments einberufen habe.
- 7. März – Als Antwort darauf entzieht das Oberste Wahlgericht 57 Abgeordneten der Opposition ihr Mandat wegen Blockade der Einberufung der Volksbefragung und Verfassunggebenden Versammlung.
- 20. März – Correa erreicht eine Mehrheit im Kongress, da die 57 nachgerückten Abgeordneten den Regierungsplan unterstützen.
- 28. März – Das Oberste Wahlgericht bestätigt die Entscheidung der Mandatsenthebung der Abgeordneten, nachdem diese von lokalen Gerichten als rechtswidrig erklärt worden war.

April 2007

- 15. April – Die Ecuadorianer sprechen sich in der Volksbefragung mit 81,7% für eine Verfassunggebende Versammlung aus. Die Frage lautete: Soll eine Verfassunggebende Versammlung mit allen Vollmachten gemäß des Wahlstatuts einberufen werden, um den institutionellen Rahmen des Staates zu verändern und eine neue Verfassung auszuarbeiten?

Quellen: El Comercio, Quito; El Nuevo Herald, Miami; Latin American Weekly Report, London; El Mundo, Madrid, in: Ibero Digital, das virtuelle Pressearchiv des ILAS <www1.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/>

Rückhalt Correas in der Bevölkerung

Trotz jahrzehntelangem Frust über die mangelnde Funktionsfähigkeit der Demokratie im eigenen Land bekennen sich nach wie vor 66% der Ecuadorianer zu ihr als der besten Regierungsform.¹ Dieser Prozentsatz hat sich 2006 nicht nur in Ecuador sondern im ganzen Andenraum gegenüber 2005 erhöht. Allerdings besteht ein hoher Grad an Unzufriedenheit über die Umsetzung der Demokratie und über den Umgang mit der Macht durch die (parteigebundenen) Eliten. 2006 waren in Ecuador nur 11% (Lateinamerika: 24%) der Bevölkerung der Ansicht, dass die demokratisch gewählten Staatsoberhäupter zum Wohle des Volkes – und nicht

für die Eliten und deren Interessen – regieren würden. Gleichzeitig waren nur 38% der Bevölkerung davon überzeugt, dass sich Ecuador unter einer derartigen Demokratie entwickeln könnte. Entsprechend profitierte Correa von seiner kritischen Haltung gegenüber den traditionellen Parteien.

Der derzeit beachtliche politische Rückhalt Correas, gestützt durch die Bewegung *Alianza País* und seinen Freundeskreis bzw. sein Kabinett aus Reformpolitikern und Globalisierungsgegnern, kommt durch sein Wahlergebnis zum Ausdruck. Die Anhänger der zersplitterten und erfolglosen Mitte-Links-Kandidaten vereinten sich im zweiten Wahlgang – in Ablehnung des rechtskonservativen Kandidaten Noboa – mit einem Teil der Zentrum-Rechts-Wähler und stimmten für Correa. Die politischen Differenzen in dieser zweckbestimmten Allianz bestehen weiter, so dass zu erwarten ist, dass sie nach den Wahlen auseinander fällt.

¹ Sämtliche Angaben in diesem Kapitel aus: Corporación Latinobarómetro: Informe Latinobarómetro 2005 + 2006, Santiago de Chile <www.Latinobarometro.org>, 8.4.2007.

Trotz Wahlpflicht lag die Wahlbeteiligung bei nur 72,2% und war damit niedriger als von Correa und seinen Anhängern erhofft. Darin spiegelt sich das geringe Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen, besonders in den Kongress und die Parteien sowie auf mögliche Verbesserungen der Situation Ecuadors durch Wahlen wider. Nur etwa 20% der Ecuadorianer (lateinamerikanischer Durchschnitt: 40%) sehen die allgemeinen Wahlen und ihren Ablauf als „sauber“ an. Von dieser negativen Einschätzung war zum Teil auch Correa betroffen. Er konnte aber die extreme Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik von Übergangspräsident Palacio für sich nutzen.

Bedienung der Wahlklientel und Zwang zu „flexibler“ Politik

Die Stabilität der Regierung Correa wird entscheidend von der politischen Position des Staatspräsidenten im Verhältnis zu seiner heterogenen Wählerschaft, der Stimmigkeit von Innen- und Außenpolitik und der Einlösung der Wahlversprechen abhängen.

Zwischen 1996 und 2006 hat sich die politische Position der Wählerschaft in drei Andenländern (Venezuela, Peru und Bolivien) nach links verschoben; Kolumbien und Ecuador schlossen sich diesem Trend nicht an. In der Einordnung der politischen Position der Bevölkerung² ist Ecuador ein Grenzfall: Staatspräsident Correa siegte im zweiten Wahlgang nur dank der erwähnten Unterstützung durch einen hohen Anteil an Zentrum-Rechts-Wählern. Er selbst ordnet sich dem linken, sozialistischen Block zu; seine Wähler kommen jedoch zum großen Teil von der nationalistisch-populistischen Seite. Entsprechend wird Correa, um sich die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern, eine *patch work*-Politik machen müssen: Einerseits muss er die sozialen Grunddienste verbessern und die Armut durch mehr Transferleistungen und durch produktive Kredite an Solidargemeinschaften, an kleine und mittlere Unternehmen und an (informelle) Mikroeinheiten im Gewerbe und in der Landwirtschaft verringern. Andererseits wird er die freie Marktwirtschaft und die Globalisierung besser zur

Entwicklung des eigenen Landes nutzen sowie die Kooperation mit dem südamerikanischen und asiatischen Raum durch eigene Initiativen verstärken müssen.

Von den andinen Nachbarn, mit denen Correa aktiver zusammenarbeiten will, nimmt Bolivien politisch eine Mitte-Links-Position ein. Boliviens Präsident Evo Morales wurde – bei einer etwa gleichstarken Linken und Rechten – mit gleich hohen Anteilen vom Zentrum wie von Links gewählt. Er selbst kommt mit dem *Movimiento al Socialismo* (MAS) aus der „neuen Linken“. Auch Morales ist gezwungen, einerseits seine Politik für eine möglichst schnelle und spürbare Verbesserung des Lebensstandards der niedrigsten Einkommenschichten – speziell auch für indigene Wähler – auszugestalten. Andererseits muss er die zum Zentrums-Rechts-Spektrum gehörenden Gruppen, die ausländische Investoren und Kapitalgeber stützen, zufrieden stellen. Die Gemeinsamkeiten ihrer politischen Positionen und die klientelistischen Zwänge erleichtern Correa und Morales, eine Politik gegenüber Dritten untereinander abzustimmen. Ähnliches gilt auch für die Beziehungen Ecuadors mit Chile und Venezuela.

Der Erfolg von Präsident Correa und seiner Regierung wird in hohem Maße von der Problematik bestimmt, dass die Strategie der Opposition (mindestens 65 der 100 Abgeordneten) im Kongress darauf ausgerichtet ist, ihn „vor ihren Karren zu spannen“ oder aber in die Knie zu zwingen. Correa muss, um seine Gesetzesvorhaben durchzubringen, in die Mitte-Links-Allianz jeweils Abgeordnete des Zentrums-Rechts-Spektrums einbinden: ein verhandlungstaktisch meist langwieriges und wenig effektives Unterfangen. Er wird aus diesem Grund versuchen, einerseits seine Vollmachten als Staatspräsident – und sei es temporär – zu erweitern und sich andererseits auf die Veränderung der Staatsverfassung durch die Verfassungsgebende Versammlung konzentrieren. Ob er die „Durststrecke“ von rund eineinhalb Jahren, in denen er die breite Masse zufrieden stellen und unter Kontrolle halten muss und außerdem die *Alianza País* organisatorisch konsolidieren und vergrößern sollte, durchstehen wird, ist vor dem Hintergrund der Erfahrungen seiner Vorgänger in ähnlichen Situationen zu bezweifeln.

² Einordnung durch die Befragten des Latinobarómetro auf einer Skala von 0 = extrem links bis 10 = extrem rechts: Corporación Latinobarómetro: Informe Latinobarómetro 2005 + 2006, Santiago de Chile <www.Latinobarometro.org>.

Neue Regierung: neue Politiken?

Ecuador und sein neuer Staatspräsident bewegen sich in Südamerika weiterhin in einem politisch heterogenen Spektrum, obwohl seit dem Megawahljahr 2005/06 ein spürbarer Ruck in die links-nationalistische bzw. eine – wie die Staatspräsidenten von Bolivien, Venezuela, Chile und Ecuador sich selbst einordnen – sozialistische Richtung spürbar ist. Die nominell links-nationalistischen oder sozialistischen Regierungen sind ihrer Ausprägung nach von Land zu Land und im Vergleich zu ähnlichen Phänomenen vorhergehender Dekaden („alte“ und „neue“ Linke) sehr unterschiedlich zu bewerten. Die neuen Mandatsträger sind kompromissbereiter und ideologisch offener als nach den Slogans der Wahlkampagnen oder nach einzelnen Reformen (z.B. Nationalisierung im Bergbau von Bolivien) zu erwarten war. Die von den USA beschworene „sozialistische Achse“ aus Kuba, Venezuela, Ecuador und Bolivien – durchschnitten von der „Mitte-Rechts-Achse“ aus Kolumbien, Peru, Paraguay sowie der „Mitte-Links-Achse“ aus Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien – ist eine fragile Allianz; feste ideologische Blöcke haben sich bisher nicht konsolidiert.

Die (aus der Opposition stammenden) „neuen linken“ Staatspräsidenten sind durch eine sich ähnelnde ideologische – vor allem anti-neoliberale – Grundeinstellung und ein von Unabhängigkeit geprägtes Auftreten in den Außenbeziehungen, speziell gegenüber den USA, verbunden. Die Zusammenarbeit der Präsidenten auf südamerikanischer Ebene, gefördert durch regionale Führungs- und Machtambitionen Brasiliens und Venezuelas, spielt eine zunehmende Rolle. Kleine Länder wie das ehemals eher passive Ecuador, greifen nunmehr aktiv in das subregionale (südamerikanische) Geschehen ein. Allerdings orientieren Correa und seine Kollegen (trotz verstärkter Kooperation untereinander) ihre Politik wie eh und je an den Interessen, Erfordernissen und Befürchtungen des eigenen Landes. Correa hat im Wahlkampf immer wieder seine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit besonders gegenüber Evo Morales in Bolivien und Hugo Chávez in Venezuela betont. Ecuadors neuer Präsident dürfte im Gegensatz zu Hugo Chávez – und ähnlich wie Lula da Silva in der Ethanol-Allianz – geneigt sein, mit den USA zu paktieren, wenn es um strategisch wichtige Interessen geht.

Seit der Amtsübernahme durch den „neuen Linken“ Correa und die Bildung eines reform-

orientierten Kabinetts werden neue Politikinhalt und ein neuer Politikstil spürbar, zum Teil werden auch Politiken (z.B. die Erdölpolitik des Vorgängers Palacio) mit neuen Akzenten fortgesetzt. In den ersten 90 Tagen zeigten sich die Veränderungen am deutlichsten in der Sozial- und Energiepolitik, in den Beziehungen zu den USA sowie in den Bemühungen um Kooperation und Integration im südamerikanischen Raum.

Wirtschaftsprogramm: Steigerung der sozialen und produktiven Investitionen

Anfang April präsentierte Correa in Guayaquil, dem wirtschaftlichen und unternehmerischen Zentrum des Landes, sein mit Spannung erwartetes Wirtschaftsprogramm. Ziel der Regierung ist, nach der Phase der prototypischen neoliberalen Blaupausen eine möglichst eigenständige und sich selbst tragende Entwicklung des Landes – verbunden mit sozialer Gerechtigkeit und Freiheit – einzuleiten, in der der Staat die Wirtschaft plant, reguliert und im Einklang mit dem Privatsektor fördert.

Oberstes Ziel ist es, die sozialen Investitionen bis 2010 auf 40% des Staatshaushalts (derzeit 22%) und die produktiven Investitionen von derzeit 6,4% auf 11% anzuheben; die erforderlichen Finanzmittel sollen aus einer Rückführung des Schuldendienstes von derzeit 38% auf 11,8% des Haushalts am Ende der Regierungszeit kommen. Für 2007 wird ein Wirtschaftswachstum von 4% bis 4,5% erwartet, bei 3,2% bis 3,5% Inflation und rund 9% (offener) Arbeitslosigkeit. Im Hinblick auf die produktiven Investitionen ist das erklärte Ziel, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Betriebe und Sektoren, mit Schwerpunkt auf Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen, zu erhöhen. Die tragenden Säulen von Wachstum und Beschäftigung sind der Energie- und der Agrarsektor sowie das Kleingewerbe. Die meisten Investitionen fließen in Erdöl und Elektrizität. Beide Sektoren sind Grundlage für ein höheres und konkurrenzfähigeres Wachstum, das erforderlich ist, um über mehr Beschäftigung die Armut abzubauen. Im Agrarsektor sollen die Flächen für Viehwirtschaft, für Ölsaaten, Mais, Kakao und Reis ausgeweitet werden, um neue Exportmärkte bedienen zu können. Die Beschäftigungsförderung soll mittels erprobter Finanzierungs- und Beratungsmodelle für Genossenschaften, Kleinst- und Kleinunternehmen im ländlichen und städtischen Bereich er-

folgen. Im Hinblick auf die sozialen Investitionen gelten die Bereiche Erziehungs-, Gesundheits- und Wohnungswesen sowie die Trinkwasserver- und Brauchwasserentsorgung mit Projekten der Erweiterung, Modernisierung und Verbesserung der Dienstleistungen, vor allem für die arme ländliche Bevölkerung, als Schwerpunkte. Die Präzisierung und Quantifizierung der Ziele für 2007 wurde für Ende April angekündigt; erste Finanzzuweisungen für besonders kritische Bereiche (z.B. Reparatur von Schulgebäuden, Trinkwasseranlagen, Elektrizitätsnetzen) wurden im Sozialplan für 2007 vorgenommen. Ausländische Investoren, die die neuen Spielregeln (bisher im Erdölsektor) respektieren, sind erwünscht. Kredite sollen möglichst aus eigenen Quellen (Gründung des *Banco del Afiliado* und des *Banco del Migrante* für die Rücküberweisungen der rund zwei Mio. im Ausland lebenden Ecuadorianer) und für größere Summen aus südamerikanischen Quellen kommen. Ecuador unterstützt die von Venezuela vorangetriebene Gründung des Banco del Sur als Integrationsmotor und „lateinamerikanischer Weltbank“. Eine Beteiligung an den südamerikanischen Gas- und Ölleitungen ist vorgesehen. Eine Eingliederung in den asiatischen Markt soll mittels Unterstützung Chiles über die APEC-Mitgliedschaft erfolgen. Der Eintritt Ecuadors in die OPEC ist ebenfalls vorgesehen.

Das Wirtschaftsprogramm ist kein „revolutionärer“ Entwurf; vielmehr versucht die Regierung projektgebunden und sektoral erste Schritte in Richtung auf mehr Entwicklung und soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Noch ist unklar, wie weit der Staat intervenieren, sich unternehmerisch betätigen und den Protektionismus neu beleben wird. Veränderungen in diese Richtung werden von Unternehmerverbänden und Investoren mit Besorgnis registriert. Correa hat in Guayaquil – nachdem er auf einer Wahlveranstaltung die Unternehmer mit dem Schlagwort von der „doppelten Währung“ aufgeschreckt hatte – wiederholt, dass der US-Dollar als Währung in den nächsten vier Jahren beibehalten würde. Die politischen Unwägbarkeiten wirken sich seit Dezember 2006 negativ auf das Wachstum aus. Der Index des Unternehmervertausens ist derzeit niedriger als 2002; der Index des Konsumentenvertrauens sinkt tendenziell.

Energiekooperation im Aufwind

Ecuadors wichtigstes Exportprodukt ist Erdöl mit einem Anteil von rund 55% der Ausfuhren; es finanziert mit rund 30% den Staatshaushalt. Seit 2006 unter der Regierung Palacio und schwerpunktmäßig seit Amtsantritt der Regierung Correa werden folgende Ziele verfolgt: Rückgewinnung der Kontrolle und der Steuerung der natürlichen Ressourcen (speziell Erdöl), Kooperation mit Partnerländern zur Kostensenkung und Optimierung des Ressourceneinsatzes (z.B. bei der Technologieentwicklung und Forschung oder beim Umweltschutz) und die gemeinsame Durchführung und Finanzierung von großen und nicht allein auszulastenden Projekten. Ecuador verhandelte in den letzten drei Monaten z.B. mit Venezuela, Brasilien, China und Argentinien über die Exploration der Erdölfelder von Ishi-pingo-Tambococha-Tibutini mit Reserven von 950 Mio. Fass.

Die wichtigsten Projekte sind bisher: 1. Die höhere Beteiligung des Staates an den (aufgrund der Preisexplosion) steigenden Gewinne der ausländischen Erdölfirmen. 2. Abkommen über so genannte strategische Allianzen mit Venezuela, Brasilien, Kolumbien, Peru, Argentinien, Chile und Uruguay für Kooperationen mit unterschiedlicher Reichweite – vom Rahmenvertrag (z.B. Kolumbien) bis zum Kooperations- und Integrationsprogramm (z.B. Venezuela). Die strategischen Allianzen umfassen auch den Tausch von ecuadorianischem Rohöl gegen raffinierte Produkte (bisher aus Venezuela, vorgesehen aus Chile und Uruguay), um den Import von Derivaten zu verringern und Kosten zu senken. 3. Ausschaltung des Zwischenhandels für ecuadorianisches Erdöl durch Direktkauf Perus aus den östlichen Ölfeldern Ecuadors. 4. Gemeinsame Durchführung und Finanzierung von Großprojekten mit Venezuela (z.B. Erdölraffinerie in Manabí, Kapazität 300.000 Fass pro Tag), durch die Ecuador zum Exporteur von Derivaten werden könnte. 5. Kooperation bei alternativen Energien (z.B. bei Ethanol mit Venezuela) von der Exploration bis zur Kommerzialisierung, auch in den kaufmännisch-organisatorischen Bereichen.

Staatspräsident Correa profiliert sich im Kreise der „neuen Linken“ – auch zur Stärkung seiner innenpolitischen Position – mittels der Förderung der Integration im Rahmen der von Venezuela dominierten Energieinitiative *Petroamérica* und *Petroandina*. Mitte April 2007 nahm er mit einer Gruppe von Ministern am ersten Energie-Gipfel Latein-

amerikas in Venezuela teil. Das Treffen, leicht getrübt durch den Ethanol-Alleingang Brasiliens mit den USA, war von Chávez dazu ausserkoren worden, die Unterstützung für den Bau einer Gasleitung durch Südamerika, die Gründung eines Kartells für Erdgas in Anlehnung an die OPEC und die Schaffung des *Banco del Sur* als alternatives Finanzierungsinstrument zu mobilisieren. Ecuador und Venezuela schlossen am Rande weitere Abkommen, darunter für den Bau von Ethanol-Fabriken auf der Basis von Mais und Zuckerrohr.

Beziehungen zu den USA: Derzeit geringe Priorität

Die USA sind bisher für Ecuador die wichtigste Quelle für Direktinvestitionen und private Kredite. Unter der Bush-Administration hat sich Ecuador politisch – ebenso wie die Region insgesamt – keiner besonderen Aufmerksamkeit erfreut. Die US-Botschaft hat sich lediglich in bedrohlich erscheinenden Krisenmomenten zu Wort gemeldet. Mitte der 1990er Jahre hatten 69% der Ecuadorianer eine gute bis sehr gute Meinung über die USA, die sich 2001 aufgrund des 11. Septembers auf 77% (vier Prozentpunkt über dem lateinamerikanischen Durchschnitt) erhöhte. 2005 ging in Ecuador laut *Latinobarómetro* 2005³ die gute bis sehr gute Meinung über die USA als Folge des Irak-Kriegs und ihrer Antiterror-Politik auf 66% der Befragten zurück. Diese Tendenz dürfte sich 2006 mit dem Regierungswechsel und der kritischen Grundhaltung der Regierung Correa gegenüber den USA, dem schlechten US-Management der internationalen Konflikte und den Protesten der Bevölkerung gegen die Freihandelsabkommen, die Drogen- und Immigrationspolitik sowie die Militärstützpunkte fortsetzen. Correas Ankündigung, dass der Vertrag für den US-Militärstützpunkt in Manta 2009 nicht verlängert werden soll, hat die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern weiter angespannt.

Ecuadors Staatspräsident lehnt ein Freihandelsabkommen mit den USA nicht grundsätzlich – aber in der bisher präsentierten Fassung und Art – ab. Ecuador, das zunehmend Nutznießer des Präferenzprogramms der USA für Länder geworden ist, die sich der Anti-Drogenpolitik verpflichtet

haben, hofft auf eine Verlängerung des Ende Juni dieses Jahres auslaufenden Programms, denn die Verhandlungen für ein bilaterales Freihandelsabkommen, wie es Peru und Chile unterzeichnet haben, wurden bisher nicht wieder aufgenommen. Im Rahmen des Antidrogen-Präferenzprogramms exportierte Ecuador 2005 Produkte im Wert von rund US\$ 3,9 Mrd. auf den US-Markt (2001: US\$ 230 Mio.).

Correa hat sich zudem mit den USA darauf verständigt, dass er die Probleme, die sich aus dem *Plan Colombia* für Ecuador ergeben (Besprühen von Koka-Feldern im Siedlungsgebiet indigener Bevölkerung, Flüchtlingsströme, Übergriffe auf ecuadorianisches Territorium durch das kolumbianische Militär, Verletzung des Luftraumes) bilateral mit Kolumbien behandeln will. Das könnte sich stabilisierend auf die Situation in Kolumbien und die angespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern auswirken.

Ausblick

Über die Zukunftsaussichten des Hoffnungsträgers einer linken Reformpolitik, lassen sich nach 90 Tagen keine soliden Prognosen machen. Ob Correa genügend Format, Geschick und Erfahrung hat, eine identitätsstiftende und nationenbildende Mittler- und Führungsrolle unter demokratischen Verhältnissen zu konsolidieren, dürfte sich erst allmählich zeigen. Ob seine Strategie der Umgestaltung der politischen Strukturen trotz großen Widerstandes aus verschiedensten Kreisen (beispielhaft sei die Kampagne für das „Nein“ zur Volksbefragung von Ex-Staatspräsident Oswaldo Hurtado genannt) erfolgreich sein wird, und ob er die sich zuspitzenden Probleme von Armut und sozialer Ungerechtigkeit, einer einseitig vom Erdöl und agrarischen Rohstoffen abhängigen Wirtschaftsstruktur sowie von fragiler Staatlichkeit mindern und die Bevölkerung auf diesem schwierigen Weg „mitnehmen“ kann, ist derzeit ebenso offen.

Trotz großer Skepsis, die nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre angebracht ist: der erste Schritt zu einer neuen Verfassung ist gemacht. Ein Anfang, der die Möglichkeit für grundlegende Veränderungen hin zu Demokratisierung und sozialer Gerechtigkeit eröffnen könnte.

3 Corporación Latinobarómetro: Informe Latinobarómetro 2005 + 2006, Santiago de Chile <www.Latinobarometro.org>.

■ Die Autorin

Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Kff. Dipl.Hdl., ist freie Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien. Regionale Schwerpunkte: Andenländer, Zentralamerika, Chile. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungsökonomie, Außenbeziehungen der Länder, Integration, Armutsbekämpfung und Beschäftigungspolitik.

E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de, minkner-buenjer@gmx.de.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im regionenübergreifenden Forschungsprojekt „Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen und Mittleren Osten“ befasst sich das Institut für Lateinamerika-Studien mit der Bedeutung Brasiliens für Südamerika. Dazu gehört das von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanzierte Projekt „Neue regionale Führungsmächte (Indien, Brasilien, Südafrika) im internationalen System“ (Daniel Flemes, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien).

Das von der DFG geförderte Forschungsprojekt „Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-O-OECD-Staaten“ konzentriert sich auf die Frage, unter welchen Kontextbedingungen Ressourcenreichtum zu Gewaltkonflikten führt – und unter welchen nicht (Matthias Basedau, GIGA Institut für Afrika-Studien).

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Nolte, Detlef/ Stolte, Christina (2007): Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA, in: GIGA Focus Lateinamerika, 3-07, Hamburg: ILAS.

Marmon, Tangmar/Kramer, Andrea (2006): Ethnische Parteien der Andenländer: Von sozialen Bewegungen zu politischen Gestaltern, in: GIGA Focus Lateinamerika, 11-06, Hamburg: IIK.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2004): Gratwanderung: Krisen, Anpassungspolitik und sozio-politische Ausgrenzung in Ekuador, in: Kurtenbach, Sabine/ Minkner-Bünjer, Mechthild/ Steinhilf, Andreas (Hrsg.): Die Andenregion. Neuer Krisenbogen in Lateinamerika, Frankfurt: Vervuert, S. 225-268.

Minkner-Bünjer, Mechthild (2003): 120 Tage Regierung Lucio Gutiérrez: Wende in der Dauerkrise Ekuadors, in: Brennpunkt Lateinamerika, 9-03, Hamburg: IIK.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Lateinamerika* wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM